

Bürgerversammlung in Bebra: Viel Kritik an geplanter „Monsterhalle“ von Logistiker Pfenning

Erstellt: 17.06.2022, 06:52 Uhr

Von: [Clemens Herwig](#)

Kommentare



Keiner drängt in die erste Reihe: Obwohl Stühle leer bleiben, ist die Versammlung gut besucht – trotz bestem Sommerwetter. Hitzig wird es im Lokschuppen nicht. © Clemens Herwig

Ein Logistiker will sich in Bebra ansiedeln, die Größe des Projekts in der Fulda-Aue sorgt für Protest. Nun hat die Stadt ihre Bürger zu Wort kommen lassen.

Bebra – Im Lokschuppen am Bahnhof geht es am Dienstagabend um die Pläne von Logistiker Pfenning im Industriegebiet – es ist die erste Bürgerversammlung, seit die Eisenbahnerstadt 2017 auf die Abschaffung der Straßenbeiträge zugesteuert ist. Die Stationen einer kritikreichen Veranstaltung.

Mit an Bord im Lokschuppen sind laut der coronabedingten Anwesenheitsliste 59 Gäste – darunter auch einige Stadtverordnete. Die Ausgangslage: Zwei Logistiker interessieren sich für eine Ansiedlung an der Georg-Ohm-Straße – weil das Stadtparlament eine Unterstützung für DHL bereits ausgeschlossen hat, bleibt nur noch Pfenning. Das Familienunternehmen aus Heddesheim (Baden-Württemberg) baut im Landkreis bereits in Bad Hersfeld und Ludwigsau, für Bebra liegt der Entwurf einer Neun-Hektar-Halle mit einer Höhe von 17 Metern vor. Dass sich gleich zwei Unternehmen für die Stadt interessierten, sei zunächst eine gute Nachricht, so Stadtverordnetenvorsteherin Stefanie Koch, die eingeladen hatte. „Zur Wahrheit gehört aber auch, dass wir hier nicht über die Ansiedlung eines kleinen Einzelhändlers sprechen.“ Dass sich das Parlament ohne reflexhafte Ablehnung oder Zustimmung mit den Plänen befasse - rund 200 Arbeitsplätze stehen gegen einen immensen Flächenverbrauch - gehöre zum kommunalpolitischen Tagesgeschäft. „Persönliche Angriffe, Fakenews oder Unterstellungen sind hier fehl am Platz“, warnt sie.

Dann gibt es Informationsfutter. „Es ist ein Marathon mit über 42 Kilometern, und wir stehen erst in den Startlöchern“, sagt Bürgermeister Stefan Knoche. Das Stadtparlament soll in seiner Sitzung am 7. Juli eine Grundsatzentscheidung fällen. Sollte Bebra das Projekt wohlwollend begleiten, wäre es noch mindestens zwei Mal Thema im Parlament. „Das ist ein klar strukturierter Prozess und keine Nacht-und-Nebel-Aktion“, so Knoche. Eine Bauleitplanung müsste erstellt und der Flächennutzungsplan geändert werden – was voraussichtlich bis 2025 dauere, sagt Bauamtsleiter Patrick Schuster. Dann werde bis zu zwei Jahre gebaut. Sämtliche Kosten trage der Investor.

Wer sich als Gast zu Wort melden will, lässt sich auf eine Rednerliste setzen und bekommt fünf Minuten Zeit. Vorrang haben Bebraner, mit dem Bürgerbündnis Bodenschutz Waldhessen ist auch eine kreisweite Interessensgruppe vertreten.

Die Rückmeldung der Bebraner ist weitestgehend einhellig. Obwohl der Tagesordnungspunkt „Fragen und Antworten“ heißt, geben die Redner

eher Statements ab – die Logistiker Pfenning nicht gefallen dürften. Der Eingriff in die Natur ist vielen zu gravierend. „Ich bin erschrocken über die Größenordnung“, sagt etwa der Breitenbacher Fritz Becker. Die meist landwirtschaftlichen Flächen, die bebaut werden sollen und teils in einem Landschaftsschutzgebiet liegen, seien „in Bebra erste Sahne“. Knoche, der viele Äußerungen aufgreift, erklärt, was den Standort attraktiv macht. Dort liegt ein Industriestammgleis, das bis zur Halle verlängert werden kann. Der Logistiker wolle den eingehenden Lieferverkehr teilweise auf die Schiene verlegen. Die Kundenakquise beginne aber erst, wenn das Projekt in trockenen Tüchern sei. „So ehrlich muss man sein“, so Knoche.

Mit dem Gleisanschluss werde geblendet, hält Lokführer-Gewerkschafter Günther Kinscher dagegen, der von einer „Monsterhalle“ spricht. Die Bahn schaffe für diese Anschlüsse gezielt ungünstige Bedingungen. Mehrere Gäste schlagen vor, dass die Stadt mit dem Gleisanschluss auf Investorensuche geht. Logistiker-Arbeitsplätze seien wenig attraktiv.

Einzige Stimme für die Ansiedlung ist FWG-Chef Bernd Holzhauser: „Es ist viel Richtiges gesagt worden“, leitet er ein – dann kommt das „Aber“. „Diese Halle wird gebaut, wenn nicht in Bebra, dann anderswo.“ In der Eisenbahnerstadt gebe es zumindest einen Gleisanschluss. Sich gegen ein Umsatteln auf die Schiene zu stemmen, sei falsch. Dafür gibt es von einigen Applaus.

Die Versammlung in Bebra kommt ohne Streit aus. Stattdessen gibt es Lob, dass die Bürger vor der Entscheidung im Parlament informiert und gehört werden. Stefan Knoche kann sich den augenzwinkernden Hinweis nicht verkneifen, dass sich die oft „einsamen“ Stadtverordneten bei ihren Sitzungen, in denen diskutiert und entschieden wird, sicher auch über Gäste freuen.

Klimaschutz in Bebra

Die Frage, was Bebra beim Klimaschutz leisten kann, wurde bei der Bürgerversammlung im Lokschuppen ebenfalls diskutiert – die Stadt ist seit 2020 Klimaschutzkommune. „Das ist erst mal ein Label“, sagte Bürgermeister Stefan Knoche und stellte Ideen vor, wie der kommunale Ritterschlag in Sachen Nachhaltigkeit mit Leben gefüllt werden könnte.

Hintergrund dafür, dass es das Thema auf die Tagesordnung geschafft hat, dürfte auch sein, dass in Bebra die Gerüchteküche brodelt. So bestätigte Knoche dann auch, dass „jede Woche eine neue Firma“ an die Stadt herantrete, die landwirtschaftliche Flächen in der Kernstadt und den Ortsteilen mit Solaranlagen bestücken wolle. Die Angebote der Investoren reichten von zehn bis 77 Hektar großen Solarparks – ohne, dass der so gewonnene Strom zwingend in das Städtnetz eingespeist würde. Landwirte würden mit hohen Pachteinahmen geködert, hieß es im Lokschuppen. Die Befürchtung, dass die Anlagen über Nacht auf den Bebraer Feldern sprießen, zerstreute der Rathauschef: „Wir haben immer noch Planungshoheit.“

Alternativen gibt es. Die Stadt will ein sogenanntes 100-Dächer-Solarprogramm auflegen, das private Haushalte mit insgesamt 20.000 Euro bei der Installation von Fotovoltaikanlagen unterstützt. Wer kein Eigentum besitze, aber etwa auf dem Balkon seiner Mietwohnung Solarenergie einfangen wolle, werde mit bis zu 200 Euro gefördert. Ab August soll das Programm mit einer Förderrichtlinie konkret werden.

Zudem will die Stadt 222 Obstbäume zur Verfügung stellen – die „Klimabäume“ sollen etwa von Gartenbesitzern gepflanzt werden, die Verwaltung hilft mit einer Video-Anleitung. Ab August soll die Suche nach einem Klimaschutzbeauftragten beginnen. Durch die Fördervorgaben sei die Stelle zunächst auf zwei Jahre befristet, ärgerte sich der Rathauschef. Spannend wird auch der Antrag, den alle Fraktionen des Parlaments für einen Grundsatzbeschluss im Juli vorbereiten. Die Stadtwerke sollen sich konsequent auf erneuerbare Energien ausrichten.

Die Ideen von Verwaltung und Politik wurden bei der Bürgerversammlung grundsätzlich wohlwollend aufgenommen. Landwirt

Johannes Kayßer aus Imshausen äußerte aber Zweifel, ob die Projekte Klimabäume und 100-Dächer-Solarprogramm mehr als ein Alibi-Anstrich für Nachhaltigkeit werden. Stattdessen sollte Flächenentsiegelung für Firmen und Private verpflichtend werden. Auch ein genereller Rückbau von Schottergärten wurde gefordert. Bürgermeister Knoche warnte daraufhin: „In vorhandene Flächen einzugreifen, wird rechtlich kein Spaß. Das Solarprogramm ist ein Anfang und kein Alibi. Man muss es sich aber auch erst einmal leisten können.“